

Globale Verantwortung und nationales Handeln

Autor(en): **Bär, Rosmarie**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1994)**

Heft 3: **CO2-Abgabe und Energiesgesetz : verlassen Sie diesen Planeten so, wie sie ihn vorzufinden wünschen!**

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Nutzungsbedingungen

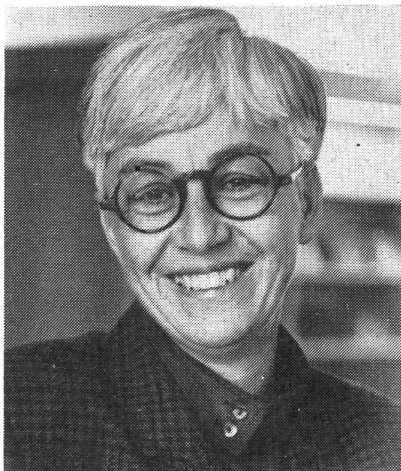
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rosmarie Bär zur CO₂-Abgabe

Rosmarie Bär ist Präsidentin der Schweizerischen Energiestiftung SES

Globale Verantwortung und nationales Handeln

Es ist wieder einmal soweit. Der Schweizer Wirtschaft droht der Untergang, sagen sie. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist im Eimer, sagen sie. Zehntausende von Arbeitsplätzen sind gefährdet, sagen sie. Die Lage scheint ihnen so bedrohlich, dass mitten in der hundstäglichen Hitze eine Reihe von Wirtschaftsmanagern zu einer von der "Wirtschaftsförderung" einberufenen CO₂-Pressekonferenz eilen. Um der "fragwürdigen Vorreiterrolle" und der "nutzlosen Selbstkasteiung der Schweiz", wie sich wf-Präsident und Alusuisse-Mann Hans Jucker ausdrückte, den Kampf anzusagen. Was ist passiert?

Der Bundesrat will - endlich - etwas tun. Einen kleinen Schritt zum Kurswechsel in der Umweltpolitik. Ein marktwirtschaftliches Lenkungsinstrument soll eingeführt werden, wie es von der Wirtschaft anstelle von Verboten und Geboten seit Jahren gefordert wird. Eine bescheidene CO₂-Abgabe auf fossilen Energien ist vorgeschlagen. Schrittweise soll sie kommen, mit tiefen Sätzen; das Ganze ist voraussehbar und für die Betroffenen kalkulierbar. Das dieser Schritt eigentlich nicht reicht, schreibt der Bundesrat gleich selber in seinem Begleittext. Notwendig, im wahrsten Sinne des Wortes, ist mehr (siehe Texte in dieser Nummer). Weshalb?

Unsere Erde ist bedroht. Wir muten ihr zuviel, viel zuviel Kohlendioxid-Emissionen (CO₂) zu. CO₂ heizt das Klima an. Gletscher werden schmelzen, Meere werden steigen, Küstenlandschaften werden weggespült, Landwirtschaftszonen überflutet, Wohngebiete unbewohnbar, Menschen müssen flüchten.... Klimaforscher warnen seit Jahren.

80% der Treibhausgase, die zur Temperaturerhöhung führen, werden von nur einem Viertel der Weltbevölkerung verursacht: Von den Menschen in den Industriestaaten; durch ihre unverant-

wortliche Verschwendung von fossilen Brenn- und Treibstoffen. Wir sind die grossen CO₂-Sünder. Was bedeutet das?

Es bedeutet, dass wir in einer globalen Verantwortung stehen. Globale Verantwortung verlangt nationales Handeln. Welches Handeln?

Feierlich haben die Staatschefs der Welt am Erdgipfel in Rio 1992 eine Klimakonvention unterschrieben und sich verpflichtet, die CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2000 auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren. "Rio war nicht weniger wichtig als die französische Revolution", hat dazu Prof. Ernst U. v. Weizsäcker kürzlich an einer Tagung festgestellt. Die Schweiz hat die Konvention ratifiziert. Seit März 1994 ist sie in Kraft. Das verpflichtet.

Uebrigens, die "fragwürdige Vorreiterrolle" können wir sowieso nicht für uns beanspruchen. Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland und die Niederlande haben die Lenkungsabgabe längst eingeführt.

Und wie steht es mit der Wirtschaftsschädlichkeit? Wer es wissen will, weiss auch das. Zahlreiche Untersuchungen und Studien belegen es. Umweltabgaben und Sparanreize bringen Innovationsschübe in der Technik, zusätzliche Aufträge für das Gewerbe und schaffen neue, sinnvolle Arbeitsplätze.

Die Klimakatastrophe lässt sich weder durch medienwirksame Auftritte verdrängen noch lässt sie sich "aussitzen". Nur Handeln hilft. Den Industriestaaten kommt dabei eine grosse politische und moralische Verantwortung zu. "Weltinnenpolitik" nennt der Bundesrat unsere Handlungsmaxime der Zukunft. Die CO₂-Abgabe ist eine innenpolitische Antwort auf eine globale Bedrohung. Das muss auch der Wirtschaft klar gemacht werden. Alles andere wäre unverantwortlich.